

An die
Mitglieder des
Rechtsausschusses

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 30. August 2018 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Rechtliche Einordnung der unterbliebenen Rückführung eines Asylsuchenden aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis“.

Begründung:

Die Landesregierung wird insbesondere um Berichterstattung gebeten, wie sie die unterbliebene Rückführung eines Flüchtlings aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis (vgl. u.a. Rheinzeitung 28. August 2018) rechtlich einordnet. Darüber hinaus wird gebeten, darzulegen, inwieweit das Justizministerium bei derartigen Entscheidungen eingebunden wird bzw. was von Seiten dieses Ministeriums unternommen wird, damit Urteile der Verwaltungsgerichte von der Landesverwaltung in Asylsachen auch umgesetzt werden.